

Hitze- und Kältetote Teil 1: Der Winter ist der wahre Killer

geschrieben von Admin | 30. Juni 2021

Von Alex Reichmuth Nebelspalter

Eine neue Studie schreibt 37 Prozent der Hitzetoten dem Klimawandel zu. Doch es sterben viel mehr Menschen an Kälte als an Hitze. Darum könnte die Erderwärmung unter dem Strich sogar lebensrettend wirken.

Wie viele der hitzebedingten Todesfälle auf die menschengemachte Klimaerwärmung zurückzuführen sind, und kamen auf einen Anteil von 37 Prozent.

Eingeflossen in die Studie waren Informationen von 732 Orten in 43 Ländern. Die Autoren betrachteten die Mortalitätsziffern und die Temperaturdaten der jeweils vier wärmsten

Monate in den Jahren 1991 bis 2018. Sie versuchten mit Modellierungen, den menschlichen Temperatureinfluss von natürlichen Klimaschwankungen zu entkoppeln. Dabei ergaben sich für die Länder sehr unterschiedliche Anteile der Todesfälle, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Diese schwanken zwischen 21 und 76 Prozent.

Gemäss der Studie in «Nature Climate Change» sind rund 30 Prozent aller hitzebedingten Todesfällen in der Schweiz auf den Klimawandel zurückzuführen.

Besonders stark betroffen sind demnach viele Länder in Süd- und Mitteleuropa, in Südostasien sowie der Iran und Kuwait. Dort beläuft sich der Anteil der Hitze-Todesfälle wegen der menschengemachten Erwärmung angeblich auf über 50 Prozent. Für die Schweiz errechneten die Forscher einen Anteil von rund 30 Prozent. Und es soll noch schlimmer kommen: «Wir gehen davon aus, dass der Anteil der hitzebedingten Todesfälle weiterwächst, wenn wir nichts gegen den Klimawandel unternehmen oder uns anpassen», sagte Leitautorin Vicedo-Cabrera.

Obdachlose sterben an Kälte

Bei Diskussionen um die Erderwärmung werden regelmässig Todesopfer infolge Wärme angeführt. Besonders in den heissen Sommermonaten von 2003 und 2018 waren Hitzetote ein grosses Thema. Düster wird jeweils davor gewarnt, die Opferzahlen würden künftig stark steigen.

Übersehen wird dabei meist, dass nicht nur Hitze, sondern auch Kälte viele Menschenleben fordert. So treffen im Winter immer wieder Nachrichten von Erfrierungsoptionen ein. Betroffen sind jeweils vor allem Obdachlose und arme Menschen, die zuwenig Geld zum Heizen haben. In Spanien starben im letzten Januar mindestens fünf Menschen beim Durchzug des Schneesturms «Filomena». 2020 kamen in Ungarn 120 Personen wegen Kälte um. Ein Jahr zuvor gab es in Deutschland mindestens 10 Kältetote und in der Ukraine mehr als 60. Und 2018 zählte man in ganz Europa 54 Todesopfer wegen eisiger Temperaturen.

«Man hat im Winter ein 50 Prozent höheres Risiko, an einer Atemwegserkrankung zu sterben als im Sommer.»

Roland Rau, Universität Rostock

Menschen, die wegen Kälte erfrieren, sind aber buchstäblich nur die Spitze des Eisberges.

Zahlenmässig viel stärker ins Gewicht fallen Personen, die an den indirekten Folgen kalter Temperaturen sterben. Genaueres dazu weiss Roland Rau, Forscher am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock in Deutschland. «Bei Kälte steigt sowohl das Risiko für Atemwegsinfektionen als auch das für Herz-Kreislaufkrankungen», sagte er gegenüber dem Fernsehsender «n-tv». «Man hat im Winter ein 50 Prozent höheres Risiko, an einer Atemwegserkrankung zu sterben als im Sommer.» Die Abwehrkräfte seien geschwächt. Sowohl Grippeviren als auch Lungenentzündungen hätten im Winter ein leichteres Spiel, vor allem bei älteren Menschen.

Die Sterblichkeit ist im Winter am höchsten

Bei Kälte verengen sich zudem die Gefässe, so Rau weiter. Das führe vermehrt zu tödlichen

Thrombosen und Herzinfarkten. Darum sei der Winter «der wahre Killer». «Die höchste

Sterblichkeit wird jedes Jahr im Januar, Februar und März gemessen. Meine eigene Forschung hat ergeben, dass die Sterblichkeitsrate in diesen Monaten 15 bis 20 Prozent höher ist als im Sommer.»

Eine **Studie**, die 2015 im angesehenen Fachblatt «Lancet» erschien, rechnete die Zahl der Kältetoten gegenüber den Hitzetoten auf. Leitautor war Antonio Gasparrini, der auch in der eingangs erwähnten Studie über Hitzetote infolge des Klimawandels Teil des

Forschungsteams war. Es wurden Daten zu 74 Millionen Todesfällen in 13 Staaten zwischen

1985 und 2012 berücksichtigt. Die Daten stammten unter anderem aus heissen Ländern wie

Brasilien oder Thailand. Die Wissenschaftler zogen jeweils die Temperatur beim Todeszeitpunkt heran und berechneten die Abweichung zu einer Idealtemperatur, die für jedes Land unterschiedlich war.

Gemäss der Studie in «Lancet» forderte Kälte in den 13 untersuchten Ländern 17 Mal mehr Tote als Hitze.

Das Resultat der Studie in «Lancet» war, dass Kälte für 7,29 Prozent aller Todesfälle verantwortlich war. Wegen Wärme starben hingegen nur 0,42 Prozent. Mit anderen Worten: Kälte fordert über 17 Mal mehr Tote als Wärme. Auffällig war dabei, dass sich die meisten wetterbedingten Todesfälle nicht bei extremen Temperaturen ereigneten, sondern an mässig heissen und vor allem an etwas zu kalten Tagen.

Die Menschen passen sich an

Wenn es viel mehr Kältetote gibt als Hitzetote, ist zu erwarten, dass bei fortschreitender Erderwärmung die Zahl der Kältetoten stärker abnimmt, als die der Hitzetoten zunimmt. So wären die Folgen des Klimawandels unter dem Strich positiv.

Es fällt auf, dass die Sterblichkeit wegen Wärme und Kälte nicht dort am höchsten ist, wo es am heissesten beziehungsweise am kältesten ist.

Zudem kann man davon ausgehen, dass Menschen in der Lage sind, sich immer besser vor heissen Temperaturen zu schützen. Denn es fällt auf, dass die Sterblichkeit wegen Wärme wie wegen Kälte nicht dort am höchsten ist, wo es am heissesten beziehungsweise am kältesten ist. «Wenn man Länder miteinander vergleicht», sagte Roland Rau von der Universität Rostock, «stellt man fest, dass die Wintersterblichkeit in denen, die eher warm sind und ein moderates Klima haben, höher ist als in so kalten Ländern wie Kanada oder Skandinavien.» Anfällig ist man also vor allem dort, wo man kaum auf Temperaturextreme vorbereitet ist.

Zum gleichen Schluss kommen auch die deutschen Wissenschaftler Fritz Vahrenholt und Sebastian Lüning in ihrem Buch «Unerwünschte Wahrheiten – was Sie über den Klimawandel wissen sollten». Es sei für die Sterblichkeit nicht entscheidend, wie hoch oder tief die Temperaturen ausfallen, schreiben sie, sondern wie gut die Gesellschaft auf Temperaturextreme technisch und vom Verhalten her eingerichtet sei. «Der Fortbestand eines geregelten Lebens im Winter in Moskau und im Sommer in Dubai belegt, dass es vor allem eine Frage der Anpassung ist, mit den klimatischen Bedingungen und Änderungen vernünftig umzugehen.»

Der Beitrag erschien zuerst beim Nebelspalter [hier](#)

Windenergie in der Krise – Teil 2: Jetzt geht es dem Wald an den KragenVon

geschrieben von Admin | 30. Juni 2021

Von Alex Reichmuth Nebelspalter

In Deutschland ist der Ausbau der Windkraft ins Stocken geraten. Nun sollen die Regeln für den Bau neuer Windräder gelockert und mehr Flächen dafür reserviert werden – auch im Wald. In der Schweiz kommt die Windenergie ebenfalls nicht vom Fleck.

Jedes fünfte neue Windrad in Deutschland wird in den Wald gebaut. Bild: Shutterstock

(Lesen Sie hier Teil 1: In Deutschland stockt der Ausbau)

Deutschland will seine Stromerzeugung ganz auf erneuerbare Energiequellen umstellen. Das Land nimmt laufend Atom- und Kohlekraftwerke vom Netz. Die letzten AKW sollen nächstes Jahr abgestellt werden. Der Kohleausstieg soll bis 2038 gelingen. Deutschland plant, den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2030 auf 65 Prozent zu steigern.

Heute sind es 45 Prozent.

Doch der Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion stockt. In Deutschland häufen sich darum Stimmen, die vor einem Strommangel warnen. Wenn Fotovoltaik und Windenergie nicht schneller ausgebaut würden, könnte sich der Ausstieg aus der Kohleverstromung um viele Jahre verzögern, mahnte etwa das Marktforschungsunternehmen EUPD. Schon in zwei Jahren sei mit einer erheblichen Unterdeckung des Strombedarfs zu rechnen. Die Bundesregierung renne «sehenden Auges» in eine Stromlücke.

«Wir müssen durch die verschärften Klimaziele Deutschlands und der EU von einem deutlich höheren Strombedarf ausgehen, als es bisher zugrunde gelegt wurde.»

Peter Altmaier, Wirtschaftsminister Deutschland

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat kürzlich eingeräumt, sein Ressort habe unterschätzt, wie stark der Strombedarf in Deutschland künftig steige – dies etwa wegen der Elektrifizierung des Strassenverkehrs und der Umstellung auf Wärmepumpen zum Heizen. «Wir müssen durch die verschärften Klimaziele Deutschlands und der EU von

einem deutlich höheren Strombedarf ausgehen, als es bisher zugrunde gelegt wurde», sagte Altmaier zur «Wirtschaftswoche». Nötig seien viel mehr Windkraft- und Solaranlagen.

Mindestabstände verhindern Windkraft-Projekte

Vor allem der Ausbau der Windenergie kommt in Deutschland nur noch schleppend voran. Während 2016 und 2017 noch Windparks mit einer Leistung von 4625 Megawatt (MW) beziehungsweise 5334 MW neu in Betrieb genommen wurden, waren es 2018 noch 2402 MW, 2019 noch 1078 MW und letztes Jahr 1431 MW. In einzelnen Bundesländern, wie Bayern oder Baden-Württemberg, werden fast gar keine neuen Windräder mehr errichtet.

Aufwändige Planungs- und Genehmigungsverfahren stehen der Windkraft im Weg. Die vorgeschriebenen Mindestabstände zu Siedlungen verhindern viele Projekte. Auflagen in Sachen Lärm und Vogelschutz erschweren den Ausbau. Vielerorts kämpfen Anwohner erbittert gegen geplante Windparks und nutzen jede rechtliche Möglichkeit zur deren Verhinderung.

Vielen bestehenden Windparks in Deutschland droht die Abschaltung. Denn nach zwanzig Jahren Betrieb eines Windrads läuft die finanzielle Förderung aus.

Zudem droht vielen bestehenden Windparks die Abschaltung. Nach zwanzig Jahren Betrieb eines Windrads läuft die finanzielle Förderung aus. Ohne garantierte Abnahmepreise aber lohnt sich der Weiterbetrieb meistens nicht. Bis 2025 könnten darum 15'000 MW Windkraftleistung wegfallen – mehr als ein Viertel der Leistung, die an Land installiert ist.

Um der Windenergie neuen Schwung zu verleihen, sollen in Deutschland nun die

Bedingungen für den Ausbau gelockert werden. Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat sich für ein einfacheres und zügigeres Verfahren zur Bewilligung von Windkraftanlagen ausgesprochen. Es brauche schnellere Verfahren und andere Regeln in Sachen Naturschutz, sagt er zur «Wirtschaftswoche». Die Genehmigungen sollten künftig wenn immer möglich innerhalb eines Jahres erteilt werden. Zudem müssten nicht einzelne Tiere vor den Rotoren geschützt werden, so Altmaier, sondern nur Tierarten als Ganzes. Sonst werde die Energiewende nicht gelingen.

Zwei Prozent der Fläche für Windräder

Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) fordert, mehr Flächen für den Bau von Windparks zu reservieren. «Wer ja sagt zu mehr Klimaschutz, der muss auch ja sagen zu mehr Strom aus Wind und Sonne», sagte sie zur Deutschen Presse-Agentur. Zwei Prozent der Landesfläche müssten für die Errichtung von Windrädern zur Verfügung stehen. Denn ohne ausreichende Flächen brächten die schnellsten Genehmigungsverfahren nichts.

Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg × gingen beim Windkraft-Ausbau «im Schneckentempo» voran, kritisierte

Umweltministerin Svenja Schulze (SPD).

Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg gingen beim Windkraft-Ausbau «im Schneckentempo» voran, kritisierte Schulze. «So kann es nicht weitergehen, wenn wir unseren Industriestandort mit seinem Energiebedarf nicht gefährden wollen.»

Mehr Flächen für Windräder zu reservieren, würde aber mit Sicherheit bedeuten, dass vermehrt Standorte im Wald vorgesehen werden. Im Bundesland Hessen etwa will die Regierung zwei Prozent der Landesfläche zu Windvorranggebieten erklären. Naturschützer warnen vor gravierenden Folgen für die letzten ungestörten Wälder, etwa den weitläufigen Pfälzerwald. Auch die Regierung von Baden-Württemberg will zwei Prozent der Fläche für erneuerbare Energien zur Verfügung stellen. Ziel sei es, den Staatswald stärker für den Ausbau zu öffnen, und dort bis zu 500 Windanlagen zu bauen.

In den letzten zehn Jahren wurden in Deutschland schon 1400 Hektaren Wald für den Bau von Windparks gerodet – eine Fläche so gross wie 2000 Fussballfelder. Mittlerweile stehen 2020 Anlagen in Waldgebieten, was sieben Prozent aller Windparks ausmacht. Von den neu gebauten Windrädern kommen sogar 20 Prozent im Wald zu stehen.

Erst 43 Windturbinen in der Schweiz

Auch in der Schweiz geht bezüglich dem Ausbau der Windkraft fast nichts. Hierzulande sind gerade mal 43 Windturbinen in Betrieb. Der Widerstand der Bevölkerung gegen den Bau neuer Windanlagen ist gross. So brachte die Gemeindeversammlung von Muttens bei Basel vor einigen Tagen ein geplantes Windrad im Hardwald zu Fall. Auch in der Ortschaft

Murzelen bei Bern gibt es keinen Windpark: Der Gemeinderat hat sich gegen den Bau von vier Anlagen mit einer Höhe von 240 Metern entschieden – auch wegen der Gegenwehr der Anwohner. Seit der Bundesrat vor zehn Jahren die Energiestrategie aufgelegt hat, kamen nur gerade in Haldenstein, auf dem Gotthard und in Peuchapatte neue Windräder zu stehen. Gemäss der Botschaft zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie von 2013 sollte die Windenergie 2020 eigentlich 0,66 Terawattstunden zur Schweizer Stromproduktion beitragen. Doch de facto waren es 2019 erst 0,1 Terawattstunden.×

Vor allem in der Deutschschweiz gehe der Windenergie «langsam die Puste aus», schreibt Freie Landschaft Schweiz, der Verband der Windkraftgegner.

Im Rahmen der Energiestrategie des Bundes ist seit 2013 vorgesehen, dass die Windkraft 2050 jährlich 4,3 Terawattstunden Strom beisteuert. Das sind verglichen mit dem Verbrauch von 2020 fast acht Prozent. Der Bundesrat hält im revidierten Energiegesetz, das er letzte Woche an das Parlament überwiesen hat, zwar an diesem Ziel fest, hat aber das Zwischenziel für 2035 gesenkt: von 1,76 Terawattstunden auf 1,2 Terawattstunden.

Doch selbst das scheint schwer zu erreichen. Vor allem in der Deutschschweiz gehe der Windenergie «langsam die Puste aus», schreibt Freie Landschaft Schweiz, der Verband der Windkraftgegner. Insgesamt gebe es diesseits des Röstigrabens nicht einmal mehr zwölf Standorte, wo aktiv ein Windstrom-Projekt in der Planung vorangetrieben werde. Dagegen seien in der Schweiz in den letzten fünf Jahren 16 Windparks abgelehnt oder sistiert worden, zwölf davon in der Deutschschweiz. «Die Politik muss einsehen: Die Windenergie-Pläne des Bundes zerbrechen je länger je mehr am Widerstand der Bevölkerung», bilanziert Freie Landschaft Schweiz.

Der Beitrag erschien zuerst beim Nebelspalter [hier](#)

Windparks werfen Windschatten – Effizienzverluste für Offshore-Anlagen zu erwarten

geschrieben von Admin | 30. Juni 2021

von Holger Douglas

Wo viele Windräder stehen, nehmen sie sich gegenseitig den Wind weg. Eine Studie zeigt, dass die Effizienz von Windparks abnimmt, je mehr Windräder und je enger sie zusammenstehen. Das bedeutet: Die Ausbaupläne nach den Vorstellungen der EU gehen nicht auf.

Die negativen Auswirkungen auf die Umwelt von Anlagen der sogenannten »erneuerbaren Energien« treten immer drastischer zutage. Eine neue [Studie](#) belegt jetzt: Windanlagen können sich auch über größere Entfernungen gegenseitig den Wind wegnehmen und damit ihre Effizienz merkbar behindern. Diese Windschleppen eines Windparks können sogar teilweise bis zu 100 km weit reichen. Die Bremswirkung der Windräder reicht also sehr weit. In stürmischen Zeiten besonders im Herbst fällt dieser Effekt geringer aus, weil die Atmosphäre stärker durchmischt

wird.

Die Studie hat das Helmholtz-Zentrum Hereon erstellt, sie wurde vom Impuls- und Vernetzungsfond der Helmholtz-Gemeinschaft im Rahmen des Projekts »Advanced Earth System Modelling Capacity (ESM)« initiiert und finanziert. Sie bewertet diese Effekte zum ersten Mal über einen längeren Zeitraum von zehn Jahren.

Bilder von Windrädern auf See bei nebligen Wetterlagen mit geringem Spread machen die Auswirkungen von Windrädern sehr deutlich. Bei normalen Wetterlagen sieht man die nicht. Die in den Turbulenzen hinten liegenden Windräder leisten deutlich weniger. Außerdem haben die Störungen Auswirkungen auf den Wärmetransport.

Diese Erkenntnis ist für die Windenergie-Ausbaupläne für die Nordsee von entscheidender Bedeutung. Das bedeutet: Die Windparks können nicht beliebig dicht hintereinander platziert werden, wie das nach den Vorstellungen der EU vorgesehen ist.

Denn etwa 10 Kilometer vor der Küste sind die Winde an der Meeresoberfläche etwa um 25 Prozent stärker als die Winde an Land. Bis 2050 sollen Windanlagen mit einer Gesamtkapazität von 450 GW in die Meere gepflanzt werden, 212 GW davon in der Nordsee. Ziemlich ehrgeizige Pläne der EU zum Erreichen der Klimaziele.

Die teuren Windindustrieanlagen können also nicht beliebig in die Weite der Nordsee gesetzt werden, sie sollten aus Gründen von Kosten und Wartung um Transformatorstationen gebaut werden, von denen aus der Strom durch eine unterseeische Gleichspannungsleitung an Land geleitet wird.

Windräder entziehen den Windschichten den Impuls, um die Leistung zu erzeugen. Das führt zu »Windgeschwindigkeitsdefiziten« auf der windabgewandten Seite, führen die Autoren aus. Die Windräder entziehen der Atmosphäre kinetische Energie und wandeln einen Teil in elektrische Energie um. Dabei werden in der Luftströmung Wirbel hinter den Rotoren erzeugt, die unter normalen atmosphärischen Bedingungen bis zu 50-70 km weit reichen können. Diese Wirbel wiederum behindern die Rotoren der weiter hinten stehenden Windanlagen, sie verändern die Temperatur und Turbulenzen in niedrigen Grenzschichten.

»Beobachtungen zeigen«, so schreiben die Autoren, »dass Wirbelschleppen die Temperatur um 0,5 °C und die Luftfeuchtigkeit um 0,5 g pro Kilogramm in Nabenhöhe erhöhen können, sogar bis zu 60 km windabwärts von Windparks.«

Grafiken zeigen die geplanten Offshore-Windanlagen in der Nordsee. Für havarierte Tanker oder Containerriesen bleibt im Notfall übrigens nicht mehr viel Platz, im Falle eines Maschinen- oder Ruderausfalles könnten sie ungehindert in die Anlagen der Windindustrie geraten.

Von 201.531 geplanten Windrädern ist in der Studie die Rede. Doch

sogenannte »Nachlaufeffekte« vermindern die Effektivität und damit auch die Wirtschaftlichkeit der Windräder, die im Lee anderer Windparks stehen. Das kann sogar zu Leistungsverlusten von erheblichen 20-25 Prozent des in der Windströmung hinten liegenden Windparks führen, errechneten die Studienautoren.

Bereits jetzt haben sich die atmosphärischen Verhältnisse auf der Nordsee durch die vielen Windräder deutlich bemerkbar verändert – ein weiteres Ergebnis der Studie. Diese Effekte werden stärker, wenn mehr und größere Windräder in das Wasser gesetzt werden. Damit verändert sich auch die Strömung der Wärme und damit das lokale Klima.

Die Studie gewinnt an Aussagekraft, weil sie sich nicht mehr nur auf reine Simulationsmodelle beschränkt. Zum ersten Mal flossen auch reale Beobachtungen über das Verhalten von Windparks aus der Luft in eine Studie. Die hatte das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie für die FINO-Daten und das Projekt Windpark Far Field (WIPAFF) im Rahmen der ersten luftgestützten atmosphärischen In-situ-Beobachtungsdaten der Offshore-Windparks veranlasst. Zusätzlich flossen Messungen mit Beobachtungsflugzeugen ein.

Auch Wind und Sonne sind also begrenzte Ressourcen, so die Forscher. Und wie jeder Stromverbraucher an seinen exorbitant hohen Stromkosten sehen kann, schicken Sonne und Wind exorbitante Rechnungen. Sie wollen sich nicht an das Mantra des ehemaligen Fernsehmannes und Predigers Franz Alt halten, der in die Welt gesetzt hatte: Die Sonne schickt keine Rechnung!

Der Beitrag erschien zuerst bei TE [hier](#)

Windenergie in der Krise – Teil 1: In Deutschland stockt der Ausbau

geschrieben von Admin | 30. Juni 2021

von Alex Reichmuth; Nebelspalter

Die deutsche Windkraftbranche muss Rückschlag um Rückschlag hinnehmen. Es werden kaum mehr neue Turbinen gebaut, und immer mehr alte Windräder fallen aus der Förderung. Jetzt fordern Windenergie-Lobbyisten, die Regeln für Neubauten zu lockern.

Im Freistaat Bayern läuft fast gar nichts mehr in Sachen Windkraft. Gemäss einem Bericht des bayerischen Wirtschaftsministeriums ist der Ausbau seit einigen Jahren nahezu null. Der Anteil der Windenergie an der Stromproduktion ist inzwischen sogar rückläufig. «Die Windkraft ist

in Bayern mausetot«» beklagte sich der Grünen-Politiker Martin Stümpfig.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hatte 2019 noch versprochen, in den Staatswäldern hundert neue Windräder aufstellen zu lassen. Aber laut dem Wirtschaftsministerium ist bisher noch kein einziger Antrag für ein solches Windrad eingegangen. Die Grünen fordern darum, die sogenannte 10H-Regel abzuschaffen, wonach der Abstand zwischen neuen Windrädern und der nächsten Wohnsiedlung das Zehnfache der Anlagenhöhe betragen muss. Moderne Windräder sind 200 Meter hoch, was einen Abstand von zwei Kilometern nötig macht. Das verunmöglicht viele Projekte.

Die installierte Windenergieleistung in Deutschland ist zuletzt kaum mehr gestiegen. Quelle: Windguard

Windenergie Deutschland Zuwachs. Quelle Windguard.PNG

Auch bundesweit ist der Ausbau der Windenergie ins Stocken geraten. 2016 wurden in Deutschland 4625 Megawatt (MW) an neuen Windkraft-Kapazitäten installiert, 2017 sogar 5334 MW. Das entspricht vier bis fünf grossen Kohlekraftwerken. 2018 fiel der Ausbau auf 2402 MW, 2019 sogar auf nur noch 1078 MW. Auch letztes Jahr lag die neu installierte Leistung mit 1431 MW weit unter dem Ziel der Bundesregierung von jährlich 2800 MW neuer Windkraft-Leistung (siehe Grafik).

Enorme Gegenwehr der Bevölkerung

Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren stehen dem Ausbau der Windenergie im Weg. Es gibt zu wenig ausgewiesene Flächen für mögliche Standorte und zu viele Klagen gegen Projekte. Der Widerstand gegen den Bau von Windkraftanlagen ist an vielen Orten enorm. Unzählige Naturschutzgruppierungen und Bürgerinitiativen sehen die Landschaft beeinträchtigt, die Gesundheit bedroht oder seltene Vögel in Gefahr und kämpfen mit allen Mitteln gegen neue Windräder. Oft sind auch die politischen Spitzen von Kommunen und Ländern gegen Lockerungen bei der Ausscheidung von Windkraft-Standorten.

Erschwerend für die Zukunft der Windenergie kommt dazu, dass vielen Anlagen die Abschaltung droht. Denn das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz, das seit 2000 in Kraft ist, sichert den Betreibern von Windanlagen während zwanzig Jahren eine sichere Vergütung zu. Für tausende Anlagen läuft diese Frist in den nächsten Jahren aus. Dann sind sie nicht mehr profitabel. Bis 2025 drohen darum 15'000 MW Leistung wegzufallen, was über einem Viertel der in Deutschland installierten Windleistung an Land entspricht.

Bis 2025 drohen 15'000 MW Leistung

wegzufallen, was über einem Viertel der in Deutschland installierten Windleistung an Land entspricht.

Technisch wäre ein Weiterbetrieb zwar auch nach 20 Jahren möglich. Aber ohne gesicherte Entschädigung fällt es vielen Anlagebetreibern schwer, sich am Markt zu behaupten. Beim derzeit niedrigen Preisniveau für Strom sind sie kaum wettbewerbsfähig. Schon gibt es Appelle an die Bundesregierung, finanzielle Mittel zu sprechen, um die Anlagen weiter laufen zu lassen.

«Wir steuern auf eine Katastrophe zu»

Im Bundesland Niedersachsen stehen besonders viele Windräder. Olaf Lies, der Energie- und Umweltminister, hat ermitteln lassen, in welchem Umfang Windkraft-Kapazitäten in Niedersachsen ersatzlos vom Netz gehen könnten, weil die Einspeisevergütung für Strom nach 20 Jahren Betrieb endet. Es sind bis 2025 etwa 3500 Windräder mit einer totalen Leistung von 4300 MW. «Wir steuern auf eine Katastrophe zu», sagte Lies gegenüber dem «Handelsblatt».

Er appellierte an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, sich intensiver um die erneuerbaren Energien zu kümmern. «Wenn der Bund nicht die Reissleine zieht, steht Deutschland vor einem gigantischen Rückbau von Windenergie mit allen Folgen für eine beseitigen. Repowering bedeutet, alte Anlagen durch neue, leistungsstärkere zu ersetzen.× CO2-freie Stromerzeugung», so Lies. Er möchte insbesondere die Hürden für das Repowering verringern.

Dieses Repowering scheitert heute oft an Höhenbegrenzungen für neue Anlagen, sowie an Vorgaben des Arten- und des Immissionsschutzes. «Wir fordern eine nationale Repoweringstrategie, die die dringend benötigten Bestandsflächen sichert und erhält sowie Genehmigungen für Vorhaben vereinfacht und beschleunigt», sagte Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands Windenergie, gegenüber dem «Handelsblatt».

«Wenn der Bund nicht die Reissleine zieht, steht Deutschland vor einem gigantischen Rückbau von Windenergie mit allen Folgen für eine CO2-freie Stromerzeugung.»

Olaf Lies, Energie- und Umweltminister Niedersachsen

Generell verlangt die Windkraft-Lobby Lockerungen bei den Vorschriften für den Bau neuer Anlagen. So sollen mehr Zonen für Windkraftanlagen ausgeschieden werden, auch im Wald. Unter Beschuss sind zudem die Regeln, wie weit Anlagen von bewohntem Gebiet entfernt sein müssen.

Kampf um Mindestabstände

So plant die Regierung des Bundeslandes Hessen, zwei Prozent der Landesfläche zu Windvorranggebieten zu erklären. Das hätte gravierende Folgen für die letzten ungestörten Wälder und das Landschaftsbild, heisst es beim hessischen Verband Naturschutz-Initiative. Vor allem die Errichtung von Windkraftanlagen im weitläufigen Pfälzerwald bedeute «einen weiteren Tabubruch der rot-grün-gelben Koalition zugunsten der Windkraftindustrie».

Im Bundesland Nordrhein-Westfalen tobt ein Kampf um Abstandsregeln. Eine von der Landesregierung vorgesehene Regelung sieht einen Mindestabstand von tausend Metern zu Wohngebieten vor. Die Kommunen könnten aber einen geringeren Abstand zu Windrädern zulassen. Die tausend Meter seien viel zu restriktiv, monieren grüne Politiker. Es sei «absehbar, dass viele Kommunen unter dem Druck einer lauten Minderheit den Mindestabstand auch zu Splittersiedlungen» nicht unterschreiten wollten, so die Grünen. Ob die Landesregierung nachgibt, bleibt abzuwarten. Immerhin hat sie verkündet, die Kapazität der installierten Windkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen bis 2030 auf 10'500 Megawatt verdoppeln zu wollen.

Wegen eines «windarmen Frühjahrs» haben die fast

30.000 deutschen Windräder im ersten Quartal 2021 fast ein Drittel weniger Energie erzeugt als letztes Jahr.

Zu allem Ungemach für die Windkraft-Branche kommen jetzt auch noch schlechte Zahlen, was die Stromproduktion angeht. Wegen einem «windarmen Frühjahr» haben die fast 30'000 deutschen Windräder im ersten Quartal 2021 fast ein Drittel weniger Energie erzeugt als letztes Jahr, teilte das Statistische Amt mit. Es resultierte der niedrigste Wert seit 2018. Gefüllt wurde die Lücke durch eine höhere Stromerzeugung aus Kohle- und Erdgaskraftwerken. Kritiker der Energiewende, die vor der schwankenden Produktion erneuerbarer Energie warnen, sehen sich bestätigt.

Der Beitrag erschien zuerst im Nebelspalter [hier](#)

Schwedens lockerer Weg – Medien-Framing und RealitätKeine Übersterblichkeit 2020

geschrieben von Admin | 30. Juni 2021

von Prof. Dr. Thomas Rießinger

Glaubt man Teilen der deutschen Presse, so gibt es in Europa kein bedauernswerteres Volk als das schwedische. Ausgeliefert einer verantwortungslosen politischen Kaste und nicht geschützt durch alternativlose harte Maßnahmen, werden die Schweden sehenden Auges ins Unglück und in die Katastrophe getrieben. So wurde man beispielsweise im April beim Südwestdeutschen Rundfunk mit der freundlichen Überschrift „Corona in Schweden: Der Sonderweg ist gescheitert“ erfreut, und bei T-Online konnte man im Mai lesen, Schweden zahle für seinen Sonderweg in der Pandemie einen hohen Preis und die Lage habe sich deutlich zugespitzt. Grund genug, einen Blick auf die Situation in Schweden zu werfen.

Dass man dort im Frühjahr 2020 Fehler im Umgang mit den Alten- und Pflegeheimen begangen hat, bestreitet niemand, im Gegenteil: Man hat die Fehler erkannt, zugegeben und korrigiert – eine Verhaltensweise, die man sich von deutschen Politikern, Modellierern und Virologen ebenfalls wünschen würde, aber nur selten zur Kenntnis nehmen darf. Dennoch zeigt eine Untersuchung der schwedischen Todesfall-Statistik, dass von einer Übersterblichkeit im Jahr 2020 keine Rede sein kann. In einem früheren Beitrag bin ich zu folgenden Ergebnissen gekommen, die hier nur kurz aufgelistet werden; ihre Herleitung kann man in dem damaligen Beitrag nachlesen.

Dass die absolute Zahl der Sterbefälle 2020 auf den ersten Blick hoch erscheint, liegt an dem außerordentlich milden Jahr 2019, dem daraus resultierenden Nachholeffekt im Jahr 2020 und der Entwicklung der Bevölkerungszahlen.

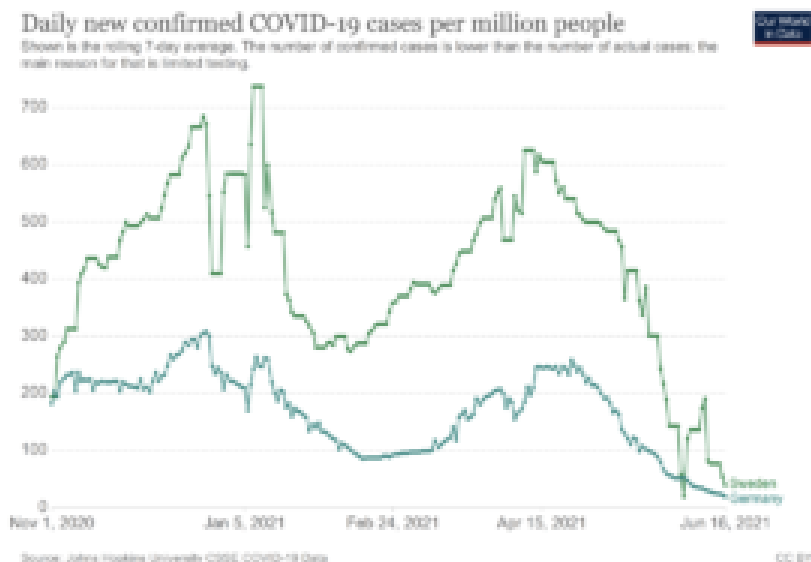
Berücksichtigt man die Anzahl der Einwohner eines jeweiligen Jahres sowie die Verteilung der Altersgruppen auf die Menge aller Einwohner, so liegt 2020 im Hinblick auf die Sterblichkeit auf dem fünften Platz der Jahre 2006 bis 2020. Zehn Jahre waren härter.

Betrachtet man auch noch die einzelnen Altersgruppen, so stellt sich heraus, dass die Sterblichkeitsraten 2020 in keiner Altersgruppe in irgendeiner Weise auffällig waren.

Nun sind bereits annähernd sechs Monate des Jahres 2021 ins Land gezogen, und man kann der Frage nachgehen, wie sich die Lage in Schweden

seither entwickelt hat. Da in Deutschland seit Anfang November 2020 ein wie auch immer benannter Lockdown herrscht – zu Beginn nannte man es einen „Lockdown light“, später gab es Brückenlockdowns, härtere Lockdowns und eine „Osterruhe“, die aber zurückgenommen wurde, sobald man sie verkündet hatte; der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt –, ist insbesondere ein Vergleich zwischen dem lockdownfreien Schweden und dem lockdowngequälten Deutschland von Interesse, soweit man ihn durchführen kann.

Eine immer wieder gern verwendete Datenquelle findet man bei Our World in Data, einer Online-Publikation der Oxford Martin School, die wiederum zur Universität von Oxford gehört. Sucht man hier nach der Anzahl der Covid-19-Fälle, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, so stößt man auf die folgende Graphik für Schweden und Deutschland, abgerufen am 17. Juni 2021:

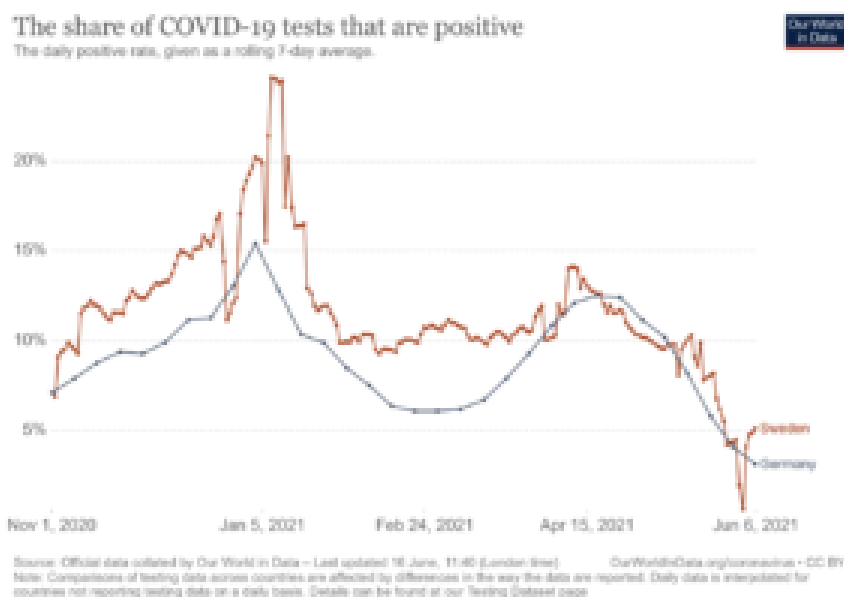


Die Darstellung beginnt am 1. November 2020, weil am 2. November Deutschland in die Lockdown-Starre versetzt wurde, Schweden jedoch nicht. Man kann leicht in der Original-Graphik überprüfen, dass in den drei vorherigen Monaten die Zahl der Fälle keineswegs weit auseinander lag, während vorher noch die Folgen der anfänglichen schwedischen Fehler zu spüren waren. Erst mit beginnendem Herbst gehen die Fallzahlen, wie die Graphik zeigt, deutlich auseinander.

Muss man daraus schließen, dass der schwedische Weg gescheitert ist? Keineswegs. Zunächst ist anzumerken, dass es sich hier nicht um wirkliche „Covid-19-Fälle“ handelt, sondern nur um die Anzahl der positiv Getesteten. Bis auf Politiker und Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind inzwischen die meisten Menschen darüber informiert, dass zwischen beiden Gruppen ein großer Unterschied besteht, denn abgesehen vom üblichen Problem der falsch-positiven Testergebnisse gibt es die wegen eines zu hohen Ct-Wertes irrelevant Positiven und natürlich auch die asymptomatischen Fälle, die zwar eine messbare

Viruslast in sich tragen, aber dennoch nicht krank werden. Man kann aufgrund der Messmethoden nicht feststellen, ob jemand eine relevante Virenlast trägt bzw. ob die irgendwann vielleicht einmal vorhandene relevante Virenlast nur noch eine Erinnerung an frühere Zeiten ist. Zudem sollte man nicht ganz vergessen, dass die Anzahl der positiven „Fälle“ stark davon abhängt, wie viele Probanden man testet: Je höher die Anzahl der Tests, desto mehr positive „Fälle“ wird man erwarten dürfen. Wie man in der entsprechenden Graphik von Our World in Data feststellen kann, wurden aber in Schweden ab November 2020 deutlich mehr Tests, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, durchgeführt als in Deutschland, zeitweise mehr als doppelt so viel. Das relativiert die Abstände, und es zeigt auch, dass direkte Vergleiche der bekannten und beliebten Inzidenzen genauso sinnlos sind wie direkte Vergleiche der Fallzahlen, da immer auch die Anzahl der Tests mit eingerechnet werden muss.

Etwas sinnvoller ist es somit, nicht die Gesamtzahl der Fälle in Betracht zu ziehen, sondern die Positivrate, die beschreibt, wie hoch der Anteil der positiven Fälle an der Gesamtzahl der Tests ist. Auch diese Rate kann man Our World in Data entnehmen, die folgende Graphik wurde am 17. Juni abgerufen.



Man sieht deutlich, dass sich der dramatische Unterschied stark reduziert, sofern man die Anzahl der Tests berücksichtigt und zur entsprechenden Positivrate übergeht. Ab Anfang April 2021 verlaufen die Kurven weitgehend gleich, vorher allerdings sind noch immer höhere schwedische Werte zu verzeichnen. Kann man nun aus den Daten zwischen November und Juni schon schließen, dass der schwedische Weg gescheitert ist?

Eher nicht. Noch immer handelt es sich nur um Fälle positiv Getesteter, diesmal eben in Relation gesetzt zur Anzahl der vorgenommenen Tests. Die oben angeführten Vorbehalte gelten noch immer mit Ausnahme des letzten,

der die Verwendung der reinen Gesamtzahl positiver Testergebnisse moniert. Ein kleines Gedankenexperiment kann das noch verdeutlichen: Nehmen wir eine Variante an, die hochansteckend, aber im Hinblick auf die Symptome eher harmlos ist und bis auf wenige Ausnahmen nichts weiter hervorbringt als vertraute Erkältungssymptome. In diesem Fall kann die Positivrate gerne bis auf 100 % steigen – falls Karl Lauterbach das noch nicht weiß: mehr als 100 % geht nicht –, es liegt dennoch keine wie auch immer geartete Notsituation vor, nur eben eine weit verbreitete Erkältung. Man kann schon die entrüsteten Stimmen hören, die nun zornbeugend vorbringen, es handle sich hier um einen klaren Fall von Corona-Leugnung oder doch wenigstens Verharmlosung. Es ist zwar schwer zu sehen, wie ein schlichtes fiktives Gedankenexperiment eine Leugnung darstellen soll, aber lassen wir der Einfachheit halber einen Virologen zu Wort kommen: „Wir werden sicherlich, wenn man das im Labor strikt messen würde, wenn man strikt so weiter testen würde, irgendwann der Auffassung, jetzt kommt so etwas wie eine vierte Welle. Aber die Frage ist, wie man die bewerten muss. Ist das überhaupt eine Welle, wenn das nur Labornachweise sind? Oder ist das eigentlich das erste Mal, der erste Winter einer saisonalen endemischen Situation? Natürlich wird die Fallzahl im Winter wieder hochgehen. Das kann auch schon im Herbst passieren. Aber das wird ab jetzt jeden Winter passieren. Und das ist dann keine pandemische Welle mehr, sondern es mag sein, dass man das im Nachhinein in ein paar Jahren interpretieren wird als: Das war der erste endemische normale Wintereffekt.“

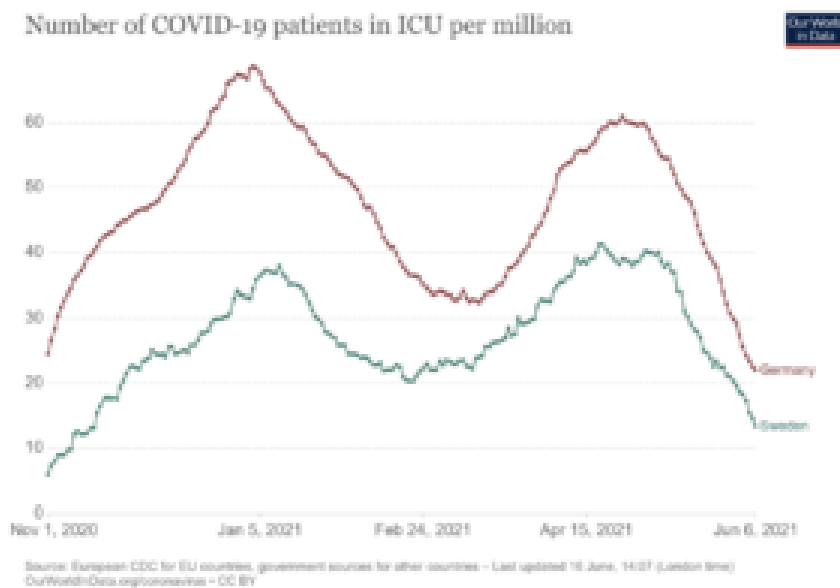
Das entspricht im Wesentlichen der Aussage des fiktiven Szenarios und wurde im Juni 2021 auf einer bekannten Verharmloserplattform namens NDR von Christian Drosten vorgetragen. Selbst in den Augen des Hof- und Staatsvirologen scheint eine Positivenrate nicht mehr der Weisheit letzter Schluss zu sein.

Um es zusammenzufassen: Während die Betrachtung der Gesamtzahl positiver Fälle, ob man sie nun in einer Inzidenz misst oder nicht, völlig sinnlos ist, dürfte die Betrachtung der Positivraten zwar nicht mehr völlig, aber nur wenig sinnvoll sein. Immerhin sieht man an beiden Kurvenverläufen die unglaubliche Weisheit unserer rechenstarken Regierungschefin. Vor kurzem verkündete sie: „Die derzeit deutlich sinkenden Infektionsraten machen Mut und zeigen, wie sehr unsere Maßnahmen und Verhaltensregeln wirken.“ Wer hätte gedacht, dass die deutschen Maßnahmen und Verhaltensregeln sogar in Schweden zu einem zeitgleichen Abfall führen, obwohl sie dort nicht gelten?

Aber gibt es denn ein brauchbares Kriterium zur Beurteilung der Lage? Das gibt es, und die höchstrangige Herrscherin unserer radikal reduzierten Republik hat uns tatsächlich deutlich darauf hingewiesen. Im April 2020 hat sie in einer Bundestagsrede zwar wieder auf den „rapiden Anstieg der Infektionen“ aufmerksam gemacht und damit gezeigt, dass sie den Unterschied zwischen Infektion und einem positiven Testergebnis auch nach einem Jahr noch nicht verstanden hat – sie gab aber auch den vielzitierten Satz von sich, die Hilferufe der Intensivmediziner würden

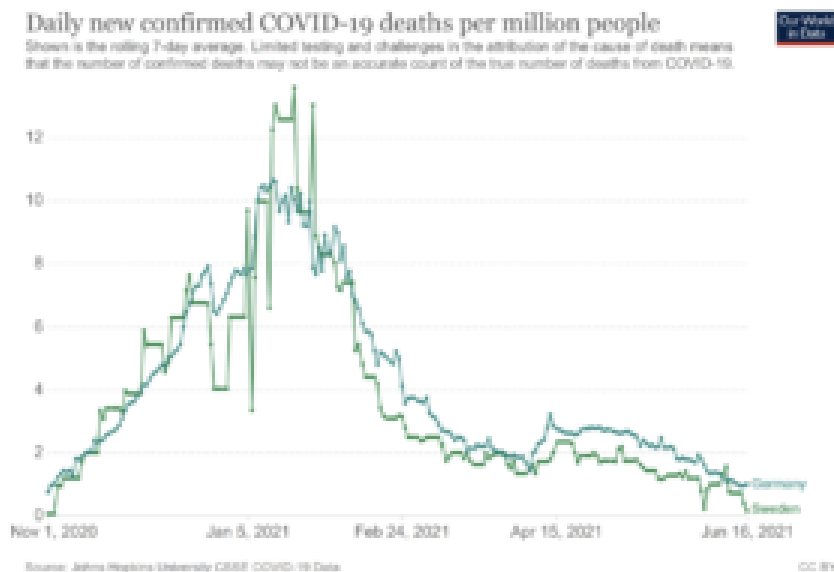
sie täglich erreichen: „Wer sind wir denn, wenn wir diese Notrufe überhören würden?“ Die Frage, wer „wir“ – also die politische Riege – wirklich sind, möchte ich lieber unbeantwortet lassen. Tatsache ist aber, dass hier auf eines der mehr oder weniger harten Kriterien zur Lagebeurteilung hingewiesen wurde, nämlich auf die wirkliche Zahl der Patienten, insbesondere auf die Zahl der schwer erkrankten Patienten, die Intensivbetten belegen. Und Tatsache ist auch, dass Deutschland mit dem Hinweis auf die Intensivbettenbelegung seit November in den Lockdown getrieben wurde.

Sehen wir einmal davon ab, dass noch immer nicht zwischen „an“ und „mit Covid-19“ unterschieden wird, weshalb auch beispielsweise ein auf der Intensivstation liegender Herzinfarkt-Patient, der zwar einen positiven Test erhalten hat, aber nicht im Mindesten an Covid erkrankt ist, zu den schweren Covid-Fällen gezählt wird. Sehen wir weiter davon ab, dass die in Deutschland gemeldeten Belegungszahlen der Intensivbetten nach Auffassung des Bundesrechnungshofes von den Meldenden ein wenig in ihrem Sinne interpretiert, um nicht zu sagen manipuliert wurden: Nehmen wir die von Our World in Data gelieferten Daten, wiederum abgerufen am 17. Juni, einfach für bare Münze.



Es ist nicht zu übersehen: Umgerechnet auf die jeweilige Bevölkerungszahl waren seit November in Schweden weniger Intensivbetten mit Covid-Patienten belegt als in Deutschland. Und das galt nicht nur seit Anfang November, sondern, wie man an der Originalgraphik sofort ablesen kann, seit Mitte August, als man in Schweden die Folgen der anfänglichen Fehler überwunden hatte. Man hatte dort keinen Lockdown, man hat die Menschen nicht gezwungen, sich Masken vor das Gesicht zu binden, und trotzdem verlaufen die beiden Kurven nicht nur parallel – die schwedische Kurve liegt durchgängig unter der deutschen, die Belegung der Intensivbetten pro Einwohnermillion war und ist niedriger. Noch einmal: Die Belegung der Intensivbetten war ein wichtiger Grund, die Deutschen einer lang andauernden Freiheitsberaubung zu unterziehen,

und nun stellt man fest, dass anderenorts eben diese Belegung ohne freiheitsentziehende Maßnahmen einen günstigeren Verlauf genommen hat. Nun könnte das vielleicht daran liegen, dass man in Deutschland Patienten schneller in eine Intensivstation verlegt als in Schweden und in Wahrheit die Zahl der Covid-Todesfälle in Schweden deutlicher höher liegt als hierzulande, nur dass nicht auf der Intensivstation, sondern anderswo gestorben wird. Das lässt sich überprüfen, wobei wieder das Problem, ob es sich um echte Covid-Todesfälle oder um Todesfälle im Zusammenhang mit einem positiven Test außer Acht gelassen wird; die vorliegenden Daten treffen keine solche Unterscheidung.



Die Kurven sind nicht leicht auseinander zu halten, was an der von Our World in Data vorgegebenen Farbgestaltung liegt. Das würde aber überhaupt nicht auffallen, wenn die beiden Kurven nicht fast durchgängig gleichläufig wären. Mit Ausnahme weniger Tage im Dezember, als die deutschen Zahlen deutlich über den schwedischen lagen, und einiger Tage im Januar, als es umgekehrt war, sind die Kurven fast deckungsgleich, wobei seit Februar Schweden stets etwas besser davonkommt als Deutschland. Und schon wieder sehen wir, wie sich auf wundersame Weise die Wirksamkeit der deutschen Maßnahmen einfach über die Ostsee schwingt und dafür sorgt, dass auch die Schweden trotz ihres Sonderweges davon profitieren.

Bisher ist, wie es scheint, kein nennenswertes Indiz für ein aktuelles Scheitern des schwedischen Weges zu entdecken. Aber könnte es nicht sein, dass die schwedische Politik, um ihr Versagen zu kaschieren, an Covid-19 Verstorbene einfach umdeklarieren ließ, damit die hohen Todeszahlen nicht auffallen? Betrachtet man die Handlungsweise der deutschen Regierung, so wird man keine Schlechtigkeit ausschließen wollen, und warum sollten schwedische Politiker besser sein als deutsche? In diesem Fall müsste aber eine allgemeine Übersterblichkeit vorliegen, die sich in der Statistik der allgemeinen Todesfälle niederschlagen würde. Für das Jahr 2020 war das nicht der Fall, ich hatte es eingangs bereits erwähnt. Und 2021? Bisher liegen beim

statistischen Zentralamt Schwedens die Daten der Todesfälle für Januar bis April 2021 vor, wenn auch nicht nach Altersgruppen aufgeschlüsselt. Man sieht sie in der folgenden Tabelle, ebenfalls abgerufen am 17. Juni.

Todesfälle Schweden 2021	
Januar	10162
Februar	7541
März	7781
April	7270
unbekannt	107

Einschließlich der 107

Todesfälle, die man keinem Monat zuordnen kann, sind insgesamt 32.861 Sterbefälle für die Zeit von Januar bis April zu verzeichnen. Für sich genommen, besagt diese Zahl wenig, solange man sie nicht vergleicht mit den Daten der schwedischen Sterbestatistiken vergangener Jahre. Das statistische Amt stellt monatsgenaue Daten zur Verfügung, wobei allerdings die Aufteilung in Altersklassen fest vorgegeben ist und daher nicht variiert werden kann. Ebenfalls bekannt ist die Aufteilung der Bevölkerung zu Beginn des Jahres 2021 auf diese Altersklassen, ebenso wie die Aufteilung in früheren Jahren; ich führe hier nur die Werte für 2021 an.

Bevölkerung Schweden 2021	
Altersklassen	Einwohner
0-34	4451546
35-64	3839663
65-74	1087351
75-84	738045
Ab 85	262690

Nun kann man, wie ich es schon in meinem Beitrag zu den schwedischen Sterblichkeitszahlen für 2020 vorgerechnet hatte, für die Jahre von 2006 bis 2020 bestimmen, wie hoch der prozentuale Anteil der Verstorbenen an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Altersklasse ist, bezogen auf die Monate Januar bis April. Da es in jedem Jahr eine geringe Zahl von Todesfällen gibt, die man keinem Monat zuordnen kann, wurden diese Fälle gleichmäßig auf die einzelnen Jahresmonate verteilt; für die Gesamtbetrachtung spielen sie allerdings keine Rolle.

	Prozentuale Verstorbenen in der jeweiligen Altersgruppe															
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
0-54	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	0,013	
55-64	0,108	0,108	0,108	0,104	0,100	0,096	0,094	0,094	0,087	0,089	0,089	0,089	0,084	0,079	0,082	
65-74	0,567	0,569	0,583	0,583	0,519	0,488	0,508	0,509	0,476	0,487	0,500	0,476	0,505	0,461	0,496	
75-84	1,726	1,785	1,703	1,717	1,649	1,625	1,667	1,623	1,462	1,557	1,489	1,494	1,529	1,508	1,478	
Ab 85	5,599	5,888	5,776	5,891	5,462	5,526	5,578	5,927	5,387	5,908	5,495	5,995	5,965	5,329	5,900	

In den ersten vier Monaten des Jahres 2013 sind also beispielsweise 0,509 % der Bevölkerung der Altersklasse 65–74 verstorben.

Nun kann man die Sterbedaten von 2021 mit den Daten vorhergehender Jahre vergleichen, indem man die demographische Entwicklung in Rechnung stellt. Bei einer prozentualen Verteilung der Sterberaten wie im Jahr 2006 wären zum Beispiel 2021 in der Altersklasse 65–74 0,567 % der entsprechenden Bevölkerung von Januar bis April verstorben. In dieser Klasse befanden sich 1.087.351 Menschen, was zu einer Zahl von etwa 6.165 Todesfällen führt. Bestimmt man diese Zahlen für jede Altersklasse und addiert anschließend, so weiß man, wie viele Todesfälle es 2021 gegeben hätte, wenn man die Verteilung der Sterberaten des Jahres 2006 zugrunde legt. Dieses Vorgehen ergibt für die Jahre von 2006 bis 2020 die folgenden Werte, wobei nicht mit den gerundeten Prozentsätzen, sondern mit weiteren Nachkommastellen gerechnet wurde.

Sterbefälle Januar bis	
April 2021 nach	
vorherigen	
Prozentsätzen	
2006	38332
2007	39305
2008	38209
2009	38450
2010	36549
2011	36246
2012	37695
2013	37268
2014	33700
2015	36258
2016	34812
2017	35510
2018	36175
2019	32165
2020	35546

Hätte somit 2021 die gleichen nach Altersklassen aufgeteilten Sterblichkeitsquoten wie 2007 vorgelegen, so wären 39.305 Todesfälle zu erwarten gewesen, bei Quoten wie 2019 dagegen nur 32.165, alle anderen Jahre lagen dazwischen. Gestorben sind von Januar bis April nach den vorliegenden Daten 32.861 Menschen. Damit liegen die vier ersten Monate des Jahres 2021 auf dem zweiten Platz nach dem extrem milden Jahr 2019, und sie liegen weit entfernt von hohen Werten, wie sie etwa 2007

vorkamen. Ein Hinweis auf eine allgemeine Übersterblichkeit ist das nicht.

Es ist nicht übermäßig sinnvoll, auch die Werte einzelner Monate auszurechnen, da ein Monatszeitraum zu kurz ist, um viel auszusagen, es sei denn, man möchte überprüfen, ob extreme Ausreißermonate vorlagen. Das kann man mit der beschriebenen Methode problemlos tun. Dabei stellt sich heraus, dass der Januar 2021 kein milder Monat war, allerdings auch kein extremer Ausreißer: Die Jahre 2006 und 2009 waren härter, 2007 war annähernd gleich, die anderen Jahre waren milder. Dagegen zeigen die Monate Februar bis April ein völlig anderes Bild, denn in den Jahren von 2006 bis 2020 gab es in den entsprechenden Monaten keine niedrigeren Werte als 2021 – immer unter der Voraussetzung, dass man die Sterbequoten der früheren Jahre auf die Bevölkerungszahlen von 2021 anwendet und so die demographische Entwicklung berücksichtigt. Im Januar hat es daher ungewöhnlich viele Todesfälle gegeben, in den darauf folgenden drei Monaten allerdings außerordentlich wenige, was insgesamt die höhere Januarzahl ausgleicht und zu einem sehr milden Verlauf für die ersten vier Monate des Jahres 2021 führt.

Die Ergebnisse lassen sich leicht zusammenfassen: Bei allen relevanten Kenngrößen – Fallzahlen gehören nicht dazu und Positivraten nur sehr bedingt – hat Schweden keine auffälligen Werte. Die Belegungsquote der Intensivbetten mit Covid-Patienten, umgerechnet auf die Bevölkerung, ist niedriger als in Deutschland. Die Zahlen der an oder mit Covid-19 Verstorbenen pro Einwohnermillion haben sich in der gesamten Zeit des deutschen Lockdowns seit November 2020 genauso entwickelt wie die entsprechenden deutschen Zahlen. Im Jahr 2020 gab es keine Übersterblichkeit. Und die ersten vier Monate des Jahres 2021 haben im Hinblick auf die Sterblichkeit einen milden Verlauf zu verzeichnen.

Wer wird angesichts dieser Daten noch bestreiten können, dass der deutsche Weg gescheitert ist? Im Grunde jeder, mit Ausnahme mancher Politiker und mancher Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Gescheitert ist nicht der schwedische Weg, sondern der deutsche Weg der Lockdowns und der Freiheitsberaubung ohne greifbaren Erfolg. Gescheitert ist der Weg der Grundrechtseinschränkungen und der verfassungswidrigen Gesetze. Gescheitert ist der Weg extrem einseitiger Beraterauswahl und maximaler politischer Inkompetenz. Gescheitert ist, um es kurz zu sagen, der Weg der bizarren Bundeskanzlerin. Es ist der Weg verantwortungslosen Vorgehens und vollständigen Versagens. Wie lange noch wollen sich die Menschen diesen Weg gefallen lassen?

Der Beitrag erschien zuerst bei Reitschuster.de hier